

, URL: <http://www.swp.de/ehingen/nachrichten/suedwestumschau/art4319,460773>

Autor: OLIVER HEIDER | 28.04.2010

Jetzt sind Mitglieder des Landtags gefragt

Stuttgart/Hamburg. Auf "abgeordnetenwatch.de" können Bürger den Bundestagsabgeordneten auf den Zahn fühlen. Ab morgen rücken die Volksvertreter im baden-württembergischen Landtag in den Fokus der Netzgemeinde.



Der 34-jährige Gregor Hackmack hat das Internetportal gegründet.

Lange hat sich Wolfgang Schäuble (CDU) geweigert. 111 Fragen hat ihm die Internetgemeinde gestellt - und keine Antwort erhalten. Als erste Medien über die renitente Haltung des heutigen Bundesfinanzministers berichteten und eine Studie zur politischen Beteiligung im Internet veröffentlicht wurde, setzte ein Umdenken ein. "Seitdem zählt Wolfgang Schäuble zu den aktivsten Abgeordneten in unserem Portal", sagt Gregor Hackmack.

Der 32-Jährige erzählt diese Geschichte gerne - zeige sie doch, welchen Einfluss das Internet mittlerweile auf die Politiker habe. Hackmack hat die Internetplattform "abgeordnetenwatch.de", auf der Bürger Politiker direkt befragen können, 2004 gegründet. Bisher war dieses Angebot für Abgeordnete des Europaparlaments, des Bundestags, der Landtage in Bayern und Nordrhein-Westfalen sowie der Hamburgischen Bürgerschaft verfügbar.

Von morgen Mittag an weiten die Betreiber das Angebot auf den Südwesten aus. "Weil das Wahlrecht in Baden-Württemberg so stark personalisiert ist, ist das Land für unser Portal geradezu prädestiniert", erklärt Hackmack, der in London Politische Soziologie studierte.

Zwar informierten sich schon vor der vergangenen Landtagswahl 2006 rund 80 000 Bürger auf abgeordnetenwatch.de über die Direktkandidaten, stellten ihnen 1562 - zumeist kritische - Fragen und bekamen 1134 Antworten. Doch der dauerhafte Regelbetrieb beginnt jetzt.

Pünktlich vor Beginn des Landtagswahlkampfes können sich die Internetnutzer über das Abstimmungsverhalten, die Redebeiträge und Nebentätigkeiten der Abgeordneten informieren. "In den vergangenen Tagen haben wir alle Politiker angeschrieben und gebeten, ihre Daten zu prüfen." Doch das wichtigste für Internetnutzer: Künftig können sie den Landtagsabgeordneten Fragen zu allen wichtigen politischen Themen stellen. Die Antworten sind dann, wie in Stein gemeißelt, im Internet abrufbar - für Politiker, die jedem nur nach dem Mund reden, ist das Gift.

Das Verfahren ist durchdacht: Zuerst stellt ein Nutzer eine Frage, die laut Hackmack vor Veröffentlichung von "erfahrenen Mitarbeitern" geprüft wird. Beleidigungen, Fragen zum Privatleben, falsche Tatsachenbehauptungen werden aussortiert. Alles andere schicken die Betreiber an die Büros der Abgeordneten. Die verfassen eine Antwort, schicken sie zurück. Erneut prüfen die Abgeordnetenwatch-Mitarbeiter die Zeilen und stellen sie online. "In Streitfällen greift eine Schlichterin ein", erklärt Hackmack.

Sollte es zu keiner Lösung kommen, entscheidet das Kuratorium des gemeinnützigen Vereins Parlamentwatch. Dieser hat drei feste Vollzeitangestellte und rund 15 freie Mitarbeiter. Er finanziert sich durch Fördermitglieder - sie spenden im Schnitt acht Euro pro Monat - und Einzelspenden. Um in einem Bundesland starten zu können, sind laut Hackmack rund 10 000 Euro nötig. Die seien im Südwesten im März erreicht worden - auch dank einer Anschubfinanzierung der Landeszentrale für politische Bildung, die das Projekt mit 5000 Euro unterstützt.

Doch das alleine reiche nicht für einen dauerhaften Betrieb, sagt Hackmack. Also finanziert sich das Portal zu rund 15 Prozent auch aus - ausblendbarer - Werbung. Zählen dazu auch politische Einrichtungen? "Nein", sagt Hackmack. "Wir hatten bisher noch keine Anfragen. Sollte es dazu kommen, müssten wir das genau prüfen." Vorstellbar sei etwa ein Aufruf des Bundestags an die Bürger, zur Wahl zu gehen. Parteienwerbung sieht er kritisch. "Die Glaubwürdigkeit und Überparteilichkeit ist unser höchstes Gut."

Abgesehen von Schäuble hat sich auch die Ulmer Bundestagsabgeordnete Annette Schavan (CDU) verbessert. "Sie hat anfänglich nur Standard-Antworten eingestellt", sagt Hackmack. Mittlerweile seien ihre Antworten persönlicher und detaillierter. Etwas weniger Anfragen, dafür aber prozentual viele Antworten gaben Joachim Pfeiffer (CDU, Waiblingen) Annette Widmann-Mauz (CDU, Tübingen) und Rainer Arnold (SPD, Nürtingen) ab. "Gerade für Politiker, die wenig im täglichen Fokus der Medien stehen, ist unser Portal eine gute Möglichkeit, sich zu präsentieren", meint Hackmack.

Zu den prominentesten "Nicht-Beantwortern" zählt die Bundeskanzlerin: 56 Fragen, keine einzige Reaktion. "Angela Merkel macht uns immer noch große Sorgen", sagt Hackmack leicht ironisch. Die Gründe seien aber nicht in ihrer persönlichen Bereitschaft, sondern im Zuständigkeits-Tohuwabohu zu suchen.

Ihr Büro habe darauf verwiesen, dass eine Freigabe der Antworten zwischen Kanzleramt, Parteizentrale und Abgeordnetenbüro kaum koordinierbar sei.

Copyright by SÜDWEST PRESSE Online-Dienste GmbH - Frauenstrasse 77 - 89073 Ulm

Alle Rechte vorbehalten.
Vervielfältigung nur mit schriftlicher Genehmigung/td>
